

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 72 auf:

Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Josef Philip Winkler, Volker Beck (Köln), Ekin Deligöz, weiteren Abgeordneten und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Streichung des Optionszwangs aus dem Staatsangehörigkeitsrecht**

– Drucksache 16/12849 –

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses (4. Ausschuss)

– Drucksache 16/13556 –

Berichterstattung:

Abgeordnete	Reinhard	Grindel
Rüdiger		Veit
Hartfrid	Wolff	(Rems-Murr)
Sevim		Daädelen
Josef Philip Winkler		

Auch über diesen Gesetzentwurf werden wir später namentlich abstimmen.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Ich sehe, Sie sind damit einverstanden. Dann können wir so verfahren.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner das Wort dem Kollegen Reinhard Grindel für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Reinhard Grindel (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft darf keine Eintrittskarte für Integrationsbemühungen sein, sondern sie muss am Ende eines erfolgreichen Integrationsprozesses stehen. Dieser Grundsatz galt für die CDU/CSU-Fraktion immer.

Es ist richtig: Mit der sogenannten Optionsregelung ist dieser Grundsatz nahezu durchbrochen worden.

(Hartfrid Wolff [Rems-Murr] [FDP]: Richtig so!)

Anders als bei der Einbürgerung muss der Optionsverpflichtete keinerlei Integrationsleistungen erbringen. Er muss nicht deutsch sprechen können. Er kann kriminell sein. Das Grundgesetz muss er auch nicht achten.

(Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Wie jeder Deutsche!)

Das Einzige, was der Gesetzgeber verlangt, ist, dass er sich zwischen dem 18. und 23. Lebensjahr entscheidet, Ja zur deutschen Staatsangehörigkeit zu sagen, und die Staatsangehörigkeit des Herkunftslandes seiner Eltern niederlegt. Das ist praktisch die einzige Integrationsleistung, die er erbringen muss.

Ich sage für unsere Fraktion: Ja, diese Integrationsleistung wollen wir sehen. Die muss erbracht werden. Diese Entscheidung muss jemand, der auf Dauer als Deutscher mit uns leben will, treffen.

(Sebastian Edathy [SPD]: Warum?)

Aus dieser Pflicht wollen wir ihn nicht entlassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Im Kern geht es bei diesem Thema um die Frage, welche Vorstellung von Integration wir haben. Dazu sagt der Kollege Josef Winkler bei Abgeordnetenwatch:

Integration bedeutet Teilhabe durch gleiche Rechte und Pflichten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN – Sebastian Edathy [SPD]: So ist es!)

Mal ganz abgesehen davon, dass der Doppelstaatsbürger wesentlich mehr Rechte als der Nurdeutsche hat –

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Sebastian Edathy [SPD]: Wieso das denn? – Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Keine Neiddebatte!)

er kann jederzeit, wenn es ihm bei uns nicht mehr gefällt, die Koffer packen und abhauen, während der Nurdeutsche unentrinnbar mit unserem Staat und der deutschen Staatsgewalt verbunden ist –, finde ich, dass dieser Integrationsbegriff viel zu kurz greift. Integration setzt Sprachkompetenz und die Akzeptanz gemeinsamer Werte voraus, die wir uns nicht gegeben haben, sondern die Teile unserer abendländischen Kultur sind, in die man sich einzufügen hat.

Der Kollege Wolfgang Bosbach hat heute Morgen bei einem Termin von einer Reise nach Kanada berichtet, bei der er als Gast an einem Kurs für Neuzuwanderer teilgenommen hat.

(Rüdiger Veit [SPD]: Ich wusste gar nicht, dass er auswandern wollte!)

Er hat die Kursteilnehmer gefragt, weshalb sie den Kurs besuchen und welche Erwartungen sie damit verbinden. Darauf haben sie geantwortet: To be a

good Canadian. Wir würden uns wahrscheinlich nicht trauen, die Position zu vertreten, dass jemand in unserem Land richtig integriert ist, wenn er sagt: Ich will ein guter Deutscher werden. Obwohl ich provozierend fragen würde: Warum eigentlich nicht? Aber es ist doch wohl völlig klar, dass ich so viel Bekenntnis zu unserem Staat verlangen darf, dass der Betroffene zumindest Ja sagt zu unserer Staatsbürgerschaft und sich von der seiner Eltern trennt. Daran darf es keinen Zweifel geben. Das darf der Staat verlangen, um das ganz klar zu betonen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU –
Rüdiger Veit [SPD]: Wieso?)

Der Kampf um die doppelte Staatsbürgerschaft kommt mir vor wie der letzte Kampf der Multikultigläubigen;

(Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

nichts von den Ausländern verlangen, alles dulden, und der fromme Glaube: Wer in Deutschland geboren ist, der integriert sich automatisch.

(Zuruf der Abg. Claudia Roth [Augsburg]
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Mit dieser Haltung ist Rot-Grün grandios gescheitert, Frau Kollegin Roth. Das können Sie unweit des Reichstags täglich besichtigen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der frühere Innenminister Otto Schily hat 1999 das Optionsmodell damit begründet, dass es zum Beispiel türkischstämmigen Schülern nicht zumutbar sei, dass bei einer Klassenreise nach England alle deutschen Kinder problemlos fahren können, während die türkischstämmigen Kinder ein Visum brauchen, das vielleicht zu spät erteilt wird. Dass die Schüler, insbesondere wenn es sich um Mädchen handelt, gar nicht mitfahren dürfen, weil die Eltern es verbieten und damit die Integration erschweren, daran ist damals überhaupt nicht gedacht worden. Aber das ist die Realität, der wir uns heute stellen und auf die wir Antworten geben müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU –
Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun! – Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ein weiteres großes Problem!)

Wenn jetzt argumentiert wird, dass wir Kinder, wenn wir sie zur Option zwingen, in einen Konflikt mit ihren Eltern treiben, dann sage ich: Eine solche Konstellation ist Indiz dafür, dass es keine ausreichende Integration gibt. Da darf der Staat doch nicht vor mangelnder Integration kapitulieren.

Da Sorge ich doch durch die Diskussion mit den Eltern über die Frage, wie man sich bei der Optionsregelung entscheidet, dafür, dass man sich vielleicht erstmals Gedanken macht, welche Erwartungen man an sein Leben in Deutschland hat und inwieweit man in unserer Gesellschaft ankommen will. Es gehört doch zur Integrationsbereitschaft der Eltern, dass sie akzeptieren und zulassen, dass sich ihr Kind für die deutsche Staatsbürgerschaft und damit gegen ihre eigene entscheidet.

(Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch schon volljährig!)

Der Optionszwang ist nicht integrationsfeindlich. Im Gegenteil: Auf ihn zu verzichten, wäre eine Kapitulation vor Integrationsdefiziten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Diese Debatte führen wir reichlich früh; denn das Optionsmodell greift erst seit letztem Jahr. Es haben sich erst ganz wenige sogenannte Optionskinder entschieden. Es gibt bisher keinen Fall, bei dem uns in irgendeiner Weise bekannt wäre, dass es große seelische Qualen und massive Entscheidungskonflikte gegeben hätte,

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der Ärger kommt noch!)

sondern ganz im Gegenteil: Nahezu alle, die bisher vor die Wahl gestellt wurden, haben sich für die deutsche Staatsangehörigkeit entschieden. Wir müssen dazu ermuntern, Ja zu Deutschland zu sagen. Wir können ihnen zum Beispiel sagen, dass sie nicht nur das Recht auf volle politische Partizipation haben, sondern dass diejenigen, die sich bisher haben einbürgern lassen, laut jüngsten Untersuchungen wirtschaftlich deutlich erfolgreicher sind.

Wir brauchen eine Willkommenskultur; das ist richtig. Aber ich kann nur fragen: Wer hat denn bisher Entsprechendes gemacht? Zum Beispiel hat die Bundeskanzlerin im Bundeskanzleramt in einer sehr eindrucksvollen Veranstaltung Staatsbürgerschaftsurkunden verliehen.

(Sebastian Edathy [SPD]: Sie machen Symbolpolitik! Wir haben das Staatsbürgerschaftsrecht geändert! Das ist der Unterschied!)

Ich kann nur sagen: Eine solch eindrucksvolle Veranstaltung hat bisher kein SPD-Kanzler und erst recht kein Grüner zustande gebracht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU –
Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben es möglich gemacht!)

Dieses Zeremoniell haben diese ausländischen Mitbürger, die sich zur deutschen

Staatsbürgerschaft bekannt haben, nicht, wie es von der Opposition gesagt wird, als Showveranstaltung verstanden, sondern sie und ihre Verwandten haben das als eine ganz große und bedeutende Stunde in ihrem Leben verstanden und als genau das, als was es von uns gedacht war: als ein Zeichen für ihr Ankommen, als ein Willkommen und als Zeichen dafür, dass sie zu uns gehören und auf Dauer unter uns leben sollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich will Ihnen noch etwas sagen: Wir lehnen die doppelte Staatsbürgerschaft auch wegen der Loyalitätskonflikte, die sich daraus ergeben, ab.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh!)

Die Kampagne gegen die Optionsregelung unterstützt zum Beispiel der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde, Herr Kolat, der beide Staatsbürgerschaften besitzt. Wenn wir von Loyalitätskonflikten sprechen, dann werden wir, wie das auch gerade geschieht, von Frau Roth und anderen belächelt. Ich sage Ihnen: Ihnen gefriert das Lächeln – mir ist das passiert –, wenn Sie mit türkischen Ministern zum Beispiel über die Frage der Notwendigkeit der verpflichtenden Deutschkenntnisse beim Familiennachzug diskutieren. Sie stellen dann fest, dass die Minister, Ihre Gesprächspartner, Sprechzettel haben, die von Herrn Kolat stammen. Dieses Politisch-über-die-Bande-Spielen, türkische Minister intern so zu positionieren und zu munitionieren, dass sie Druck auf unsere Minister ausüben können, um in der deutschen Diskussion Erfolge zu erzielen, ist genau das, was wir als Loyalitätskonflikte bezeichnen und nicht wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das braucht der türkische Minister bestimmt nicht!)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Edathy?

Reinhard Grindel (CDU/CSU):

Ja, selbstverständlich.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Oh! Haben sie Herrn Edathy etwa keine Redezeit gegeben? Darf er nicht mehr für die SPD sprechen?)

Sebastian Edathy (SPD):

Herr Kollege Grindel, da Sie gerade namens Ihrer Fraktion ausgeführt haben, dass Sie Mehrstaatigkeit als großes Problem betrachten, möchte ich Sie fragen: Entspricht es erstens auch

Ihrem Kenntnisstand, dass Mehrstaatigkeit bei der Einbürgerung von Erwachsenen inzwischen in bis zu 50 Prozent der Fälle akzeptiert wird und dass es zweitens ein Fakt ist, dass alle Kinder, die aus binationalen Haushalten kommen, dauerhaft Mehrstaater sind, ohne dass es irgendwo ablesbar zu Problemen kommt?

Wieso, Herr Kollege Grindel, ist es vor diesem Hintergrund sinnvoll, dass wir Kinder, die aufgrund ihrer Geburt in Deutschland die deutsche Staatsbürgerschaft erworben haben, möglicherweise im Alter von 23 Jahren zwangsweise ausbürgern, obwohl die ganz überwiegende Zahl dieser jungen Menschen eine dauerhafte Lebensperspektive in Deutschland hätte? Wieso soll das integrationspolitisch sinnvoll sein? Ist das unter integrationspolitischen Gesichtspunkten nicht, wie es meine Fraktion beurteilt und wie es auch die Grünen beurteilen, absolut kontraproduktiv?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Reinhard Grindel (CDU/CSU):

Meine Antwort auf Ihre erste Frage: Integrationspolitisch verlangen wir von denjenigen, die die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten, zum Beispiel, dass sie deutsch sprechen, wirtschaftlich integriert sind und in der Vergangenheit nicht straffällig geworden sind.

(Sebastian Edathy [SPD]: Das ist bei Babys aber ein bisschen schwierig!)

Das ist ein Zugeständnis an diejenigen, die hier geboren und aufgewachsen sind. Mehr verlangen wir nicht. Das Einzige, was wir verlangen, ist, dass sie sich entscheiden, ob sie auf Dauer die deutsche Staatsangehörigkeit haben wollen oder die ihrer Eltern. Erklären Sie mir einmal, warum es in integrationspolitischer Hinsicht nicht sehr sinnvoll ist, diese Entscheidung, die natürlich auch ein Stück weit Bekenntnis zu unserem Land und zu einer dauerhaften Perspektive in unserem Land ist, auch weiterhin zu verlangen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das Zweite, Herr Edathy: Man muss Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandeln. Es ist doch ein gewaltiger Unterschied, ob es um ein Kind aus einer binationalen Ehe, in der ein Elternteil Deutscher ist, oder um jemanden aus der Europäischen Union geht. Die große Mehrzahl der Fälle von Mehrstaatigkeit entsteht schließlich dadurch, dass Menschen, die aus den verschiedenen EU-Staaten stammen, heiraten.

(Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aha! So erklärt sich Ihr Realitätsverlust!)

Insofern kann ich nur sagen: Es ist etwas anderes, ob Menschen zum europäischen Staatenverbund gehören, ob sie deutsche Eltern haben oder ob all diese Voraussetzungen nicht gegeben sind.

(Sebastian Edathy [SPD]: Das hat mit meiner Frage doch überhaupt nichts zu tun!)

Sie wissen ganz genau, dass wir die Mehrstaatigkeit in den Fällen, in denen die Niederlegung der ursprünglichen Staatsbürgerschaft nicht möglich ist, etwa bei Irnern, aus humanitären Gründen hinnehmen.

CDU und CSU haben in ihren Wahlprogrammen angekündigt, die praktischen Erfahrungen mit dem Optionsmodell auszuwerten und mögliche Schwierigkeiten bei seiner Umsetzung zu beheben. Dabei geht es zum Beispiel um das Problem: Was ist eigentlich mit den Optionspflichtigen – Herr Edathy, das ist eine weitere Fallgruppe, die man in den Blick nehmen muss –, die unser Land auf immer und ewig verlassen und deren Kinder, die sie vor ihrem 23. Lebensjahr bekommen, sogar per Abstammung deutsche Staatsbürger sind, obwohl sie mit unserem Land möglicherweise nie etwas zu tun haben werden? Das ist im Hinblick auf das Staatsbürgerschaftsrecht ein Bruch mit unserer Rechtstradition.

(Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zum Glück!)

Wir müssen prüfen, ob diese Regelung nicht korrigiert werden sollte, natürlich immer im Rahmen des verfassungsrechtlich Zulässigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es bleibt dabei: Die Einbürgerung steht am Ende und nicht am Anfang eines gelungenen Integrationsprozesses. Keine Bundesregierung hat so viel für die Integration getan wie diese Bundesregierung in den letzten vier Jahren. Integration heißt Fördern und Fordern. Wir fordern ein klares Bekenntnis zu unserem Land. Deshalb muss es bei der Optionspflicht bleiben.

Herzlichen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich Ihnen gerne das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte **Ergebnis der namentlichen Abstimmungen** zu den Tagesordnungspunkten 12 a und 12 b mitteilen.

Zunächst zu Tagesordnungspunkt 12 a, Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Friedensmission der Vereinten Nationen im Sudan, dem UNMIS-

Mandat: abgegebene Stimmen 542. Mit Ja haben gestimmt 487, Neinstimmen 39 und Enthaltungen 16. Die Beschlussempfehlung ist damit angenommen.

Damit können wir die Debatte fortsetzen.

Nächster Redner ist der Kollege Hartfrid Wolff für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt beginnt die Debatte erst!)

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es war gut, Frau Präsidentin, dass Sie zwischendurch Ergebnisse verlesen haben; ein bisschen Sachlichkeit tut der Debatte gut.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP sowie des Abg. Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Volker Kauder [CDU/CSU]: Dann mal los, Herr Kollege!)

Die Grünen fordern die Abschaffung des Optionsmodells. Die FDP hat dieses Modell seinerzeit vorgeschlagen. Anders war es damals nicht möglich, die Unionsparteien zu einer Öffnung des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts in Richtung des Jus Soli, also in eine moderne Richtung, zu bewegen. Ideologische Verbohrtheit auf beiden Seiten – wir haben eben ein Beispiel dazu gehört –, war damals nicht anders aufzubrechen. Es war ein entscheidender Erfolg der FDP, insbesondere von Dr. Max Stadler, der damals die Verhandlungen führte, dass wir hier weitergekommen sind.

(Beifall bei der FDP)

Aber nicht nur deshalb lehnen wir den Vorstoß der Grünen ab. Es hat keinen Sinn, ein Gesetz zu ändern, für dessen Wirkung es noch keinerlei verwertbare Daten gibt. Wir sollten die Wirkung des bestehenden Rechts hinreichend lange beobachten und evaluieren, statt kurz vor Ende der Legislaturperiode an der Gesetzgebung herumzuschrauben. Es ist sinnvoll, Erfahrungsberichte, wie sich diese Regelung auswirkt, abzuwarten, bevor man rechtliche Anpassungsmöglichkeiten prüft.

In Deutschland aufgewachsenen jungen Menschen ist es nach Auffassung der Grünen nicht zumutbar, sich bei Volljährigkeit für die deutsche Staatsangehörigkeit zu entscheiden. Die Grünen nennen das – konsequent – Optionszwang. Als linksideologische Partei tun sich die Grünen mit der Wahlfreiheit, der Kompetenz des Individuums, sich entscheiden zu dürfen, offenbar schwer, Herr Winkler.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Gegenruf des Abg. Volker Kauder [CDU/ CSU]: Ruhe jetzt mal!)

Anders als Kinder deutscher Eltern sollen die Betroffenen durch Doppelstaatsangehörigkeit privilegiert werden. Warum diese Bevorzugung ausgerechnet mit einem Verweis auf den Gleichheitsgrundsatz begründet wird, gehört zu den Mysterien der Politik der Grünen.

(Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das kläre ich gleich noch auf!)

Die Grünen meinen, dass Migranten emotionale Bindungen an ihr Herkunftsland ausgerechnet in Form der Staatsangehörigkeit beibehalten können sollen; deshalb soll die deutsche Staatsangehörigkeit, quasi als Anhängsel, zusätzlich möglich sein. Diese Stärkung von emotionalen Bindungen an das Herkunftsland durch doppelte Staatsangehörigkeit ist in einigen Bereichen kontraproduktiv. Es ist bezeichnend, dass die Grünen die Bindungen an das Zielland – Deutschland – konsequent vernachlässigen und allein an die Bindung an das Herkunftsland der Eltern anknüpfen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Hier sei nochmals darauf hingewiesen: Es geht um die Staatsangehörigkeit, es geht nicht um die jeweilige Kultur der Eltern und der Kinder.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Integration in die deutsche Gesellschaft kann nur gelingen, wenn man sich mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten wie die anderen Staatsbürger in die deutsche Gesellschaft integriert. Doppelstaatsangehörigkeit erschwert die politische Integration in einigen Bereichen,

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

wenn Migranten mit Doppelstaatsangehörigkeit dem Irrtum verfallen, man könne politisch zwei Nationen gleichzeitig angehören. Migrantenschicksale zeigen oft, dass genau dies nicht möglich ist: Wer weder ganz hier sein noch ganz dort bleiben will, ist – unabhängig vom formalrechtlichen Status – nirgendwo als gleichberechtigter Mitbürger akzeptiert.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU – Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch Unsinn!)

Die Grünen tun so, als ob Migration allein eine geografische Standortveränderung wäre.

(Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was heißt „Migration“ denn übersetzt?)

Das ist gefährlicher Unfug. Jeder, der sich mit Migration auseinandergesetzt hat, weiß, dass dazu mehr gehört, als dass sich jemand einfach von A nach B bewegt.

Gerade im Hinblick auf individuelle Freiheitsrechte wie die negative Religionsfreiheit, Emanzipation, Frauenrechte und demokratische Kultur würde ich mir wünschen, dass die Grünen ihre sonst so demonstrativ zur Schau gestellte Fortschrittlichkeit gerade gegenüber dem Migrantenmilieu nachdrücklich einforderten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lest doch unsere Beschlüsse dazu!)

Eine Einbürgerungsregelung, die von weiten Teilen der Bevölkerung nicht akzeptiert wird, stärkt keinesfalls die Akzeptanz von Migranten. Das ist sowohl für den Erfolg der Integration als auch für etwaige weitere Anpassungen des Staatsangehörigkeitsrechts kontraproduktiv. Diese sehen wir durchaus auch – gerade in Richtung einer liberaleren Form der Staatsangehörigkeit.

(Dr. Dieter Wiefelspütz [SPD]: Eine entsetzlich langweilige Rede! – Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn das jetzt die Rückkehr zur Sachlichkeit ist: Wie sieht dann Polemik aus?)

Die Grünen haben die Diskussion der letzten fünf Jahre zum Thema „Toleranz durch Wegschauen“ verschlafen

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Sehr gut!)

und wollen blind den Weg forcieren, durch den die Integrationsprobleme in Deutschland, aber auch in Frankreich und den Niederlanden sowie anderswo überhaupt erst mit verursacht wurden.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was?)

Wir brauchen mehr gesteuerte Zuwanderung und Offenheit von beiden Seiten.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir brauchen auch mehr „Verwertbarkeit“!)

Kulturelle Vielfalt ist ein Gewinn, die Einhaltung der Werte des Grundgesetzes ist ein Muss. Mit diesen Werten sollten wir für die deutsche Staatsangehörigkeit werben. Die Grünen und auch die Linken ergehen sich in ihren Anträgen hingegen stets in Vorschlägen dafür, wie die

deutsche Staatsangehörigkeit immer leichter erworben werden können soll. Die deutsche Staatsangehörigkeit soll billiger gemacht und damit entwertet werden.

(Sebastian Edathy [SPD]: Das stimmt doch gar nicht, Herr Kollege!)

Dies läuft einem wichtigen Teil einiger Integrationsbemühungen zuwider. Die FDP lehnt diesen Antrag deshalb ab.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war zu 100 Prozent sachlich! Das hat man gemerkt!)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist der Kollege Rüdiger Veit für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt aber nicht noch einmal so etwas!)

Rüdiger Veit (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielleicht darf man die zeitlichen Abläufe und historischen Wahrheiten wieder ein bisschen geraderücken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es war die rot-grüne Mehrheit damals im Bundestag, die sich Ende des Jahres 1998 und weiter im Jahre 1999 aufgemacht hat,

(Dirk Niebel [FDP]: Wer hat es vorgeschlagen?)

dieses Staatsangehörigkeitsrecht aus dem Jahre 1913, das voll von wilhelminischem Zeitgeist, von völkischem Gedankengut war, endlich zu entrümpeln und dahin gehend europatauglich zu verändern, dass wir zum Jus Soli gekommen sind, nach dem Motto: Wer hier als Kind von ausländischen Eltern geboren wird, die sich hier langjährig rechtmäßig aufhalten, der hat kraft Geburt auch die deutsche Staatsbürgerschaft.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – Dr. Dieter Wiefelspütz [SPD]: Eine historische Leistung!)

Herr Kollege Grindel, es war nicht diese Bundesregierung – auch nicht die jetzige Mehrheit der Großen Koalition –, die am meisten für Integration getan hat,

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Ach! – Sebastian Edathy [SPD]: So ist es!)

sondern es waren wiederum die damalige rot-grüne Parlamentsmehrheit und die Regierung, die die Voraussetzungen für die Integrationskurse kraft Gesetzes überhaupt erst geschaffen und die entsprechenden Haushaltsmittel bereitgestellt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Volker Kauder [CDU/CSU]: Das ist eine glatte Fehleinschätzung! – Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], an den Abg. Volker Kauder [CDU/CSU] gewandt: Nein, so ist es!)

– Herr Kollege Kauder, wenn Sie so freundlich sind, einmal die damaligen Haushaltsmittel mit den heutigen zu vergleichen, dann werden Sie feststellen, dass ich recht habe.

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Abgeflossene Mittel! Die sind jetzt höher! Und nicht das, was im Haushalt steht!)

Herr Kollege Grindel, ich komme jetzt einmal zu der Frage, wie es mit den Integrationsbemühungen gerade in Ihrer Fraktion weitergegangen ist. Nun war ich nach dem Motto „Wer weiß, wozu es gut ist, wenn einen Schicksalsschläge ereilen“ in der Großen Koalition ganz froh darüber, dass wenigstens einige in der Union – übrigens auch Sie – ein bisschen vom Saulus zum Paulus geworden sind und die Integration mit vorangetrieben haben.

(Dr. Hans-Peter Uhl [CDU/CSU]: Was?)

Nachdem ich Ihren heutigen Redebeitrag gehört habe, muss ich leider sagen, dass das ein annähernd fieberhafter, anfallsartiger Rückfall in frühere Gedankenvorstellungen war.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – Dr. Dieter Wiefelspütz [SPD]: „Fieber“ ist gut! – Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und das im Paulusjahr! Schlecht!)

Ich finde das übrigens nicht lustig und auch nicht begrüßenswert, weil ich gehofft habe, dass wir in all den Jahren ein bisschen weiterkommen und dass angesichts von Wahlkämpfen nicht mehr versucht wird, Politik zulasten von Migrantinnen und Migranten zu machen. Dazu komme ich gleich noch einmal.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Wolff, damit auch das klar wird: Es waren nicht Sie, die uns damals sozusagen die CDU zugeführt haben, damit sie dem Gesetz freundlicherweise zustimmt, sondern Sie waren es,

deretwegen wir unseren ursprünglichen Gesetzentwurf ändern mussten.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau! – Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war Brüderle!)

Wegen Rheinland-Pfalz und der Zustimmungsbedürftigkeit durch dieses Bundesland – die damalige Koalition dort bestand aus Sozialdemokraten und Freien Demokraten – mussten wir den Optionszwang mit in das Gesetz aufnehmen.

(Hartfrid Wolff [Rems-Murr] [FDP]: Sie sind vernünftig geworden! Das ist doch okay!)

Wir haben das damals sehr ungern getan. Wir waren keineswegs überzeugt,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

und haben gehaut, dass es verwaltungsrechtliche Probleme und selbstverständlich auch Probleme für die Betroffenen selbst geben würde.

In der damaligen Debatte haben alle unsere Redner – zum Beispiel Otto Schily und vor allen Dingen Michael Bürsch –, aber auch alle Redner der Grünen – ich habe das in den Protokollen sicherheitshalber noch einmal nachgeschaut: Kerstin Müller, Marieluise Beck, Claudia Roth und Cem Özdemir – gesagt: Wir mussten das leider so machen, weil wir sonst diesen historischen Schritt bei der Veränderung des Staatsangehörigkeitsrechts überhaupt nicht hätten gehen können.

(Dr. Dieter Wiefelspütz [SPD]: Sehr richtig! Genau so war es!)

Deswegen sagen wir auch heute: Eigentlich gehört dieses Optionsmodell ersatzlos aufgehoben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – Hartfrid Wolff [Rems-Murr] [FDP]: Seien Sie doch froh!)

Eine entsprechend klare Aussage ist auch in unserem Wahlprogramm enthalten.

Wir machen uns jetzt auf den Weg, dafür die entsprechenden Mehrheiten zu gewinnen. Leider reicht es nicht aus, im Bundestag Mehrheiten zu haben; auch hier sind wir auf den Bundesrat angewiesen. Allein das macht deutlich: Auch wenn wir wegen des gemeinsamen Gedankens möglicherweise bereit wären, die vom vorzeitigen Zerfall bedrohte Koalition tatsächlich loszuwerden, indem wir dem Gesetzentwurf der Grünen zustimmen, würde dies – das ist der entscheidende Punkt – in der Sache nichts mehr nützen.

Noch einmal: Worum geht es eigentlich? Damals haben wir mit dieser Regelung erreicht,

dass bis heute ungefähr 300 000 Kinder ausländischer Eltern deutsche Staatsbürger sind und zugleich die Staatsbürgerschaft eines Elternteils besitzen. In ungefähr 40 000 Fällen wurde erfolgreich davon Gebrauch gemacht – der Antrag musste bis Ende des Jahres 2000 gestellt sein –, für ein Kind unter zehn Jahren die deutsche Staatsbürgerschaft zu beantragen. Die Kinder in dieser Fallkonstellation in der Zahl von ungefähr 3 000 im letzten Jahr sind jetzt 18 Jahre alt geworden. Die Betroffenen müssen sich zwischen der deutschen Staatsbürgerschaft und der ihrer Eltern entscheiden. Ich finde es fast zynisch, wenn dann der Kollege Grindel sagt: Wir verlangen von ihnen doch gar nicht mehr, als sich von der Staatsangehörigkeit ihrer Eltern loszusagen; das ist doch das Mindeste, was sie tun müssen, um ihren Integrationserfolg unter Beweis zu stellen. – Wir reden hier nämlich über in Deutschland geborene, hier aufgewachsene, integrierte Kinder, die in erster Linie Deutsche sind.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Deutsche Kinder! Sehr richtig! – Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Dann müssen die Eltern ja nichts dagegen haben!)

Wir bringen diese Kinder in einen Konflikt mit ihren Familien, mit der Kultur ihrer Eltern, wenn wir sie zwingen, die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern abzulehnen und abzulegen.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau! – Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Wieso das denn?)

Diese „Quälerei“ – Kollege Wiefelspütz bezeichnete es in der *Frankfurter Rundschau* vom 24. Juni richtigerweise als „bürokratisches Monstrum, das Menschen quält“ – ist eigentlich längst abzuschaffen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Dafür werden wir uns einsetzen.

Herr Kollege Grindel, liebe Kollegen von der CDU/ CSU, nachdem Sie grundsätzliche Ausführungen dazu gemacht haben, wie verderblich eine doppelte Staatsbürgerschaft ist, kann ich es Ihnen leider nicht ersparen, daran zu erinnern, wie sich damals, bevor wir 1998 im Bundestag eine Mehrheit von Rot-Grün erreicht haben, das geltende Recht in der Realität dargestellt hat. Wer auch immer die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben wollte – vorzugsweise türkische Staatsbürger –, ging zum Konsulat oder zur Botschaft seines Herkunftslandes und sagte dort: Ich will Deutscher

werden und nicht mehr Türke sein. Dann wurde gesagt: Jawohl, das ist kein Problem; tu uns und dir selber doch den Gefallen, wiederzukommen und auch die türkische Staatsbürgerschaft zu erlangen, sobald du die deutsche Staatsbürgerschaft hast.

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Das ist völkerrechtswidrig!)

Das war die Realität. Ich persönlich kenne keinen einzigen Menschen türkischer Abstammung, der nicht auf diesem Wege die doppelte Staatsbürgerschaft erlangt hat. Es war kein anderer als Bundeskanzler Kohl, der damals seinem türkischen Amtskollegen gesagt hat: Tun Sie mir doch bitte den Gefallen und sorgen Sie dafür, dass die türkischen Konsulate und Botschaften in Deutschland nicht offensiv dafür werben, dass die Betroffenen, nachdem sie in Deutschland eingebürgert worden sind, die türkische Staatsbürgerschaft wiedererlangen können. – Es war kein anderer als Bundeskanzler Kohl, der unter damals geltendem Recht die Türkei gebeten hat, eine andere Praxis zu verfolgen. Es war also ein bisschen verlogen, dass Sie gesagt haben: Das, was Rot-Grün macht, ist ganz schrecklich.

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Wieso das?)

Kollege Edathy hat es schon gesagt: Mehr als 50 Prozent haben in der Vergangenheit eine doppelte Staatsbürgerschaft erworben; sie werden es auch in Zukunft tun. Das erlaubt das Gesetz, das wir gemacht haben. Daher kann niemand verstehen, warum man das verteufelt. Wenn wir aber schon über die Frage der Wahrhaftigkeit reden, möchte ich an dieser Stelle auf Folgendes aufmerksam machen: Im Dezember 1998 hat der damalige Kandidat für das Amt des hessischen Ministerpräsidenten, Roland Koch, als aufgrund der Umfragen ziemlich sicher war, dass er niemals Ministerpräsident wird, eine Werbeagentur beauftragt und sie gefragt, was er jetzt machen könne.

(Dirk Niebel [FDP]: Das war der Ministerpräsident, der gegen Ypsilanti gewonnen hat!)

Sie kamen dann auf die Idee, die Doppelpasskampagne zu starten. So wurde das damals gemacht. Das war der Hintergrund.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Ypsilanti!)

Das war nicht nur in besonderer Weise verlogen vor dem Hintergrund der rechtlichen Realität der betreffenden Menschen, sondern auch ausländerfeindlich und ist daher abzulehnen.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Ypsilanti! –

Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war schäbig! Das war ausländerfeindlich!)

Wir, die damaligen Mehrheiten im Deutschen Bundestag, haben keine Veranlassung, unsere Auffassung, die wir hier mehrfach dargelegt haben, jetzt zu wechseln. Wir ringen für andere Mehrheiten, um entsprechende Gesetzesänderungen vorzunehmen. Jetzt in den letzten paar Sitzungstagen des Parlaments noch etwas auf Initiative von Bündnis 90/Die Grünen loszutreten, macht keinen Sinn – ich bitte sehr um Verständnis –,

(Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben wir ja nicht erst heute eingebracht!)

weil das Gesetzgebungsverfahren in dieser Legislaturperiode nicht mehr abgeschlossen werden kann und weil wir vor allen Dingen bei der jetzigen Besetzung auch niemals in der Lage sein werden, die Zustimmung im Bundesrat zu erhalten.

(Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses!)

Deswegen ist das leider, Herr Kollege Winkler, derzeit eine ziemlich nutzlose Übung.

(Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir könnten heute die zweite und dritte Beratung durchführen! Selbstverständlich!)

Es mag zwar Spaß machen, auf den letzten Metern dieser Koalition selbige vielleicht noch einmal im Abgang zu stellen. Aber wir können uns dieser Lust und Laune leider nicht ergeben, sondern bleiben bis zum Schluss dabei.

Danke sehr.

(Beifall bei der SPD – Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: War das jetzt die letzte Rede von Herrn Veit im Bundestag? Hört er auf? Nein? Schade!)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Sevim Daödelen für die Fraktion Die Linke.

Sevim Daödelen (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Alle Deutschen dürfen mit der Vollendung des 18. Lebensjahres wählen – und manche werden zu einer Wahl gezwungen: Sie sind in Deutschland geboren und aufgewachsen. Sie leben als Deutsche in Deutschland. Doch im Unterschied zu ihren gleichaltrigen Landsleuten müssen sie sich für oder gegen

die Staatsangehörigkeit ihres Landes entscheiden: Zehntausende junge Erwachsene fallen in den kommenden Jahren unter den Optionszwang

– wie richtigerweise schon dargestellt wurde –

des deutschen Staatsangehörigkeitsrechtes. Sie sind Deutsche auf Abruf – bis zum Widerruf ...

In den kommenden Jahren werden Tausende, ab 2018 Zehntausende von jungen Menschen, die in Deutschland geboren, als Deutsche aufgewachsen sind und hier arbeiten, wählen und leben, von Amts wegen aufgefordert, sich für eine ihrer Staatsangehörigkeiten zu entscheiden ...

Der bürokratische Aufwand ist enorm, komplizierte Rechtsstreitigkeiten und Gerichtsverfahren sind vorprogrammiert und das integrationspolitische Signal ist fatal: Ihr gehört nicht ganz, nicht auf Dauer und nicht so wie andere dazu, ihr seid Deutsche auf Abruf. Wir wollen und dürfen aber diese jungen Menschen mit ihren zahlreichen Talenten nicht verlieren. Weil sie zu uns gehören. Und wir zu ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Das war ein Zitat aus einem Aufruf, der letzte Woche vorgestellt worden ist. Zu den Unterzeichnern gehören die ehemaligen Ausländerbeauftragten der Bundesregierung Cornelia Schmalz-Jacobsen – ja, die FDP hatte mal bessere Zeiten –, Dr. Liselotte Funcke und Marieluise Beck sowie die Vorsitzende des Paritätischen Gesamtverbandes, der Präsident des Deutschen Kinderhilfswerkes, der Präsident des Diakonischen Werkes der EKD, der Vorsitzende des Bundesvorstandes der Arbeiterwohlfahrt und die Präsidentin des Deutschen Bundestages a. D., Frau Professor Dr. Rita Süßmuth.

Ich finde, es ist an der Zeit, den Optionszwang abzuschaffen. Deshalb unterstützen wir selbstverständlich den Gesetzentwurf der Grünen.

Ich möchte noch eines hinzufügen. Herr Veit, Sie haben den Grünen vorgeworfen, dass man das Ganze nicht so kurzfristig bewerkstelligen könne. Ich möchte aber an dieser Stelle daran erinnern, dass wir am 10. Dezember 2007 eine Anhörung im Innenausschuss zum Einbürgerungsrecht durchgeführt haben, in der sich alle Sachverständigen – auch die der CDU/CSU und der FDP – dafür ausgesprochen haben, die Optionspflicht abzuschaffen, weil sie weltweit ein Unikat ist.

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

– Es gibt sie nirgendwo anders.

Daraufhin haben wir im Mai 2008 einen Antrag eingebracht, über den im November 2008 abgestimmt wurde. Also hätten Sie die Gelegenheit gehabt, unserem Antrag zuzustimmen, wenn Sie denn wirklich für die Abschaffung der Optionspflicht waren.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Da unser Antrag vor gut einem halben Jahr mit den Stimmen der CDU/CSU, SPD und FDP im Plenum des Deutschen Bundestages abgelehnt wurde, muss der vorliegende Gesetzentwurf der Grünen als überflüssiges Wahlkampftheater gedeutet werden.

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Was?)

Denn das heutige Abstimmungsergebnis wird dem vor einem halben Jahr entsprechen. Die Argumente sind ausgetauscht. Sie haben alle gehört.

(Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wieso? Ich habe doch noch gar nichts gesagt!)

Bei der Problembeschreibung fehlt Folgendes: Das Hohelied auf die rot-grüne Regierungszeit wurde unter anderem vom Kollegen Veit – der Gesetzentwurf lässt vermuten, dass das auch der Kollege Winkler tun wird – schon gesungen. Es zeigt sich aber, dass es einen entscheidenden Mangel gab, nämlich den Optionszwang. Ja, Sie haben recht: Die Aufnahme von Elementen des Jus Soli in das Staatsangehörigkeitsgesetz im Jahr 2000 war überfällig. Aber die Novellierung des Staatsangehörigkeitsgesetzes im Jahr 2000 ging auch mit Gesetzesverschärfungen einher. Die Erhöhung der Gebühren, die Sprachanforderungen und der Wegfall der Inlandsklausel, all das hat mittelfristig dazu geführt, dass die Zahl der Einbürgerungen zurückgegangen ist, und zwar nicht wegen der Optionspflicht, sondern wegen Ihrer Verschärfung der Einbürgerungskriterien. Deshalb sollte man auch die rot-grüne Regierungszeit kritisch sehen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

An die Adresse der FDP gerichtet: Es fällt mir nichts mehr ein. Sie hatten schon liberalere Zeiten. Sie hatten Leute wie Cornelia Schmalz-Jacobsen, die den Aufruf zur Abschaffung des Optionszwangs unterzeichnet hat. Da die Bundesregierung bis heute einen integrationspolitischen Diskurs betreibt – genauso wie in den letzten Jahren –, der sich als verkappter Rassismus erweist –

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Jetzt ist es aber gut!)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Frau Kollegin, denken Sie bitte an die Redezeit.

Sevim Daödelen (DIE LINKE):

– Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss –, frage ich mich, wie man mit dem Vorurteil weitermachen kann, dass eine doppelte Staatsangehörigkeit Vorteile bietet; das finde ich unerhört. Wir haben das 1999, als ein rassistischer Wahlkampf geführt wurde, bemerkt.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Sevim Daödelen (DIE LINKE):

Wir stimmen dem Gesetzentwurf der Grünen selbstverständlich zu. Ich hoffe, dass er eine Mehrheit im Bundestag findet.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Letzter Redner in dieser Debatte ist nun der Kollege Josef Winkler für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN)

Josef Philip Winkler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich will eingangs etwas zu den Vorrednern sagen; das ist der Vorteil, wenn man der letzte Redner ist.

An den Kollegen Grindel gerichtet: Sie haben ein flammendes Plädoyer für eine Willkommenskultur à la Unionsfraktion gehalten. Sie haben sich dazu verstiegen, zu sagen, diejenigen, die eine doppelte Staatsbürgerschaft hätten, seien gegenüber denjenigen, die nur deutsch seien, besonders privilegiert, weil sie das Recht hätten, sich aus diesem Land zu verabschieden. Das war meiner Meinung nach völlig daneben und an Peinlichkeit nicht zu überbieten. Das entspricht erst recht keiner Willkommenskultur.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, zu dem, was der Kollege Wolff eben abgezogen hat:

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Das war eine gute Rede!)

Die FDP soll angeblich eine liberale, weltoffene Partei sein. Was Sie hier gemacht haben, war nichts anderes als national-liberales Volkstheater,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Hartfrid Wolff [Rems-Murr] [FDP]: So ein Unsinn! – Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Mensch, Josef, hast du was genommen?)

und dies vor dem Hintergrund, dass sich Ihre ehemaligen Integrationsbeauftragten Liselotte Funcke und Cornelia Schmalz-Jacobsen gemeinsam mit unserer Integrationsbeauftragten der rot-grünen Bundesregierung, Marieluise Beck, in der vergangenen Woche öffentlich für die sofortige Abschaffung des Optionszwangs ausgesprochen haben. Das ist an Peinlichkeit für die FDP wirklich nicht mehr zu überbieten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Dr. Dieter Wiefelspütz [SPD], an die FDP gewandt: Eine Schande ist das! Schämen Sie sich!)

Die größte anzunehmende Lücke in der Integrationspolitik fehlt auch heute wieder, nämlich die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung.

(Heiterkeit und Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Dr. Dieter Wiefelspütz [SPD]: Das ist eine Blamage! – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo ist sie denn?)

Nicht nur, dass sie das Anliegen nicht unterstützt. Sie ist nicht einmal da. Alle ihre Amtsvorgängerinnen unterschreiben den Aufruf, nehmen sich Zeit, erarbeiten Papiere und erheben politische Forderungen. Aber die Einzige, die nicht im Hause ist, wenn über diese Themen debattiert wird, ist Frau Staatsministerin Professor Böhmer. Herr Kollege Grindel, da nutzt es auch nichts, wenn sie feierliche Zeremonien mit 30 Mann im Kanzleramt macht. Hier im Deutschen Bundestag muss die Integrationsbeauftragte Rechenschaft über ihre Arbeit ablegen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] – Klaus Uwe Benneter [SPD]: Sie sitzt am runden Tisch!)

Weil Sie, Herr Kollege Wolff, nicht verstanden haben, dass es hier auch um Gleichberechtigung geht, will ich es Ihnen jetzt erklären. Es widerspricht unserer Auffassung nach dem Grundsatz der Gleichberechtigung, wenn einige Kinder, die deutsch sind, dem Optionszwang un-

terliegen und quasi „Deutsche light“ – auf Probe – sind, während andere Kinder, die einen deutschen Pass haben, diesem Zwang nicht unterliegen.

Ein Beispiel: Nuri und Elif, zwei Jugendliche, die in Deutschland geboren sind. Sie haben wie ihre Klassenkameraden im Gymnasium einen deutschen Pass – und eben auch den türkischen. Kurz nach ihrem 18. Geburtstag erreicht Elif ein überaus kompliziert verfasstes Schreiben der Einbürgerungsbehörde, das sie vor eine Wahl der ganz besonderen Art stellt. Wenn sie nicht erkläre, dass sie die deutsche Staatsangehörigkeit behalten wolle und diejenige ihrer Eltern aufgeben, werde sie die deutsche Staatsangehörigkeit automatisch verlieren. Nuri hingegen hat ein solches Schreiben nicht bekommen, weil sich seine Eltern inzwischen haben einbürgern lassen und es deswegen hingenommen wird, dass er seinen türkischen Pass behält. Wie soll man diesen integrationspolitischen Unsinn den jungen Leuten in diesem Land auch nur im Ansatz erklären?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Im Übrigen, an die Kollegen von der FDP gerichtet: In der Anhörung, die wir dazu im Gesetzgebungsverfahren hatten, waren es nur die Sachverständigen von der Union, die sich gegen die sofortige Streichung des Optionszwangs ausgesprochen haben. Sogar Ihre eigenen Sachverständigen sind da offensichtlich anderer Auffassung als Sie. Jetzt gilt es, Flagge zu zeigen.

Das sage ich, Herr Kollege Veit, auch in Ihre Richtung: Ihr Märtyrertum nimmt mich zwar seit Jahren mit, aber wer über Gesetzentwürfe oder über Anträge abstimmt, die für die gute Sache sind, der sollte kein Märtyrertum für sich in Anspruch nehmen, sondern er sollte sich überlegen, was er jetzt bei der Abstimmung tut.

Herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Bevor wir zur Abstimmung kommen, hat der Kollege Dr. Keskin zu einer Kurzintervention das Wort.

Dr. Hakki Keskin (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Lieber Kollege Josef Winkler, diesen Entwurf eines Gesetzes zur Streichung des Optionszwangs begrüße ich sehr. Er bestätigt aber die Tatsache, dass von der rot-grünen Koalition seinerzeit ganz offensichtlich substanzielle Fehler im Gesetz gemacht worden sind.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat Herr Veit in aller Ausführlichkeit erklärt! – Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bundesrat!)

– Moment, Moment! – Es ist auch zu begrüßen, dass Sie diese Fehler sehen.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die haben wir von Anfang an gesehen!)

Diese Fehler führen leider Gottes dazu, dass sich die Einbürgerungszahlen, seit dieses Gesetz in Kraft getreten ist, nahezu halbiert haben. Ich hoffe, dass Sie mir in diesem Sinne recht geben und dass diese Fehler in naher Zukunft entsprechend korrigiert werden, und zwar sowohl von der SPD als auch von den Grünen.

Danke sehr.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Kollege Winkler, bitte.

Josef Philip Winkler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Werter Kollege Keskin, der historische Abriss, wie das Gesetz entstand, wurde in der Debatte vom Kollegen Veit etwas genauer dargelegt, als es der Kollege Grindel gemacht hat. Insofern will ich das nicht wiederholen.

Ich will nur sagen: Es ist zu bedauern, dass die Einbürgerungszahlen auf einem Tiefstand angekommen sind. Das liegt aber nicht an den Fehlern des rot-grünen Staatsbürgerschaftsrechts, sondern das liegt daran, was die jetzige Bundesregierung – an der Spitze wäre gern die Integrationsbeauftragte, nur fehlt sie immer bei den integrationspolitischen Debatten – im Staatsbürgerschaftsrecht geändert hat. Ich stimme zu, dass das zu beklagen ist, aber ich bitte, die Schuldzuweisung an die zu richten, die in den letzten Jahren hier die Verantwortung getragen haben. Das sind die Unionsfraktion und die SPD-Fraktion und die zuständige Beauftragte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann nur noch einmal sagen: Es war im Bundesrat ein Kompromiss, sogar ein schmerzlicher Kompromiss, weil wir wussten, dass diese Optionsregel irgendwann geändert werden muss und dass es schwierig werden würde. Was einmal im Gesetzbuch steht, ist nicht wieder so schnell herauszubekommen. Aber hätten Sie mir politisch wirklich empfehlen wollen, dass es bei der alten Regelung im Staatsbürgerrecht bleibt, dass die Kinder, die in Deutschland geboren sind, nicht Deutsche sind, sondern dass das Ganze nach dem Blutsrecht wie seit 1913 geregelt wird? Das

war keine Alternative für uns. Da mussten wir diese Kröte schlucken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Streichung des Optionszwangs aus dem Staatsangehörigkeitsrecht. Mir liegt eine Erklärung zur Abstimmung nach § 31 unserer Geschäftsordnung der Kollegin Frau Laurischk vor.¹ Der Innenausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/13556, den Gesetzentwurf auf Drucksache 16/12849 abzulehnen. Wir stimmen nun über den Gesetzentwurf auf Verlangen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen namentlich ab. Ich bitte die Schriftführer, die Plätze an den Urnen einzunehmen. Sind alle Plätze an den Urnen besetzt? – Das ist der Fall. Dann eröffne ich die Abstimmung.

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung. Ich bitte die Schriftführer, auszuzählen. Das Ergebnis wird Ihnen später bekannt gegeben.²

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, gebe ich Ihnen das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte **Ergebnis der namentlichen Abstimmung** zu dem Gesetzentwurf von Bündnis 90/ Die Grünen zur Streichung des Optionszwanges aus dem Staatsangehörigkeitsrecht, Drucksachen 16/12849 und 16/13556, bekannt: abgegebene Stimmen 525. Mit Ja haben gestimmt 93, mit Nein haben gestimmt 430, Enthaltungen 2. Der Gesetzentwurf ist abgelehnt.

Endgültiges Ergebnis

Abgegebene Stimmen: 524;

¹ Anlage 9

² Ergebnis Seite 25786 D

davon
ja: 93
nein: 429
enthalten: 2

Ja

SPD

Dr. Lale Akgün
Angelika Graf
(Rosenheim)
Dr. Reinhold Hemker
Johannes Jung
(Karlsruhe)
Mechthild Rawert
Dr. Wolfgang Wodarg

FDP

Sibylle Laurischk

DIE LINKE

Hüseyin-Kenan Aydin
Dr. Dietmar Bartsch
Karin Binder
Heidrun Bluhm
Eva Bulling-Schröter
Dr. Martina Bunge
Roland Claus
Sevim Daödelen
Werner Dreibus
Dr. Dagmar Enkelmann
Diana Golze
Dr. Gregor Gysi
Heike Hänsel
Lutz Heilmann
Hans-Kurt Hill
Inge Höger
Dr. Barbara Höll
Ulla Jelpke
Dr. Lukrezia Jochimsen
Dr. Hakki Keskin
Katja Kipping
Jan Korte
Oskar Lafontaine
Michael Leutert
Ulla Lötzer
Dr. Gesine Lötzsch
Dorothee Menzner
Kornelia Möller
Wolfgang Nešković
Dr. Norman Paech
Bodo Ramelow
Elke Reinke
Paul Schäfer (Köln)
Volker Schneider
(Saarbrücken)
Dr. Herbert Schui
Dr. Ilja Seifert
Frank Spieth
Dr. Kirsten Tackmann
Dr. Axel Troost
Jörn Wunderlich
Sabine Zimmermann

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Kerstin Andreae
Marieluise Beck
(Bremen)
Cornelia Behm
Birgitt Bender
Alexander Bonde
Ekin Deligöz
Dr. Uschi Eid
Hans Josef Fell
Kai Gehring
Britta Haßelmann
Bettina Herlitzius
Winfried Hermann
Priska Hinz (Herborn)
Ulrike Höfken
Dr. Anton Hofreiter
Bärbel Höhn
Thilo Hoppe
Ute Koczy
Sylvia Kotting-Uhl
Renate Künast
Undine Kurth
(Quedlinburg)
Markus Kurth
Monika Lazar
Anna Lührmann
Nicole Maisch
Jerzy Montag
Winfried Nachtwei
Omid Nouripour
Brigitte Pothmer
Claudia Roth (Augsburg)
Krista Sager
Manuel Sarrazin
Elisabeth Scharfenberg
Christine Scheel
Irmingard Schewe-
Gerigk
Dr. Gerhard Schick
Rainer Steenblock
Silke Stokar von
Neuforn
Dr. Wolfgang
Strengmann-Kuhn
Hans-Christian Ströbele
Dr. Harald Terpe
Jürgen Trittin
Wolfgang Wieland
Josef Philip Winkler

fraktionsloser Abgeordneter

Gert Winkelmeier

Nein

CDU/CSU

Ulrich Adam
Peter Albach
Peter Altmaier
Dorothee Bär
Thomas Bareiß
Norbert Barthle

Dr. Wolf Bauer
Günter Baumann
Ernst-Reinhard Beck
(Reutlingen)
Veronika Bellmann
Dr. Christoph Bergner
Clemens Binninger
Peter Bleser
Antje Blumenthal
Jochen Borchert
Wolfgang Börnsen
(Bönstrup)
Wolfgang Bosbach
Klaus Brähmig
Michael Brand
Helmut Brandt
Dr. Ralf Brauksiepe
Monika Brüning
Georg Brunnhuber
Cajus Caesar
Gitta Connemann
Leo Dautzenberg
Hubert Deitert
Alexander Dobrindt
Thomas Dörflinger
Marie-Luise Dött
Maria Eichhorn
Dr. Stephan Eisel
Anke Eymer (Lübeck)
Ilse Falk
Dr. Hans Georg Faust
Enak Ferlemann
Ingrid Fischbach
Hartwig Fischer
(Göttingen)
Dirk Fischer (Hamburg)
Axel E. Fischer
(Karlsruhe-Land)
Dr. Maria Flachsbarth
Klaus-Peter Flosbach
Herbert Frankenhauser
Dr. Hans-Peter Friedrich
(Hof)
Erich G. Fritz
Jochen-Konrad Fromme
Dr. Michael Fuchs
Hans-Joachim Fuchtel
Dr. Jürgen Gehb
Norbert Geis
Eberhard Gienger
Michael Glos
Josef Göppel
Peter Götz
Dr. Wolfgang Götzer
Ute Granold
Reinhard Grindel
Michael Grosse-Brömer
Markus Grübel
Manfred Grund
Monika Grütters
Olav Gutting
Gerda Hasselfeldt
Ursula Heinen-Esser
Uda Carmen Freia
Heller
Michael Hennrich
Jürgen Herrmann

Bernd Heynemann
Ernst Hinsken
Peter Hintze
Robert Hochbaum
Klaus Hofbauer
Franz-Josef
Holzenkamp
Anette Hübinger
Hubert Hüppe
Susanne Jaffke-Witt
Dr. Peter Jahr
Dr. Hans-Heinrich
Jordan
Andreas Jung
(Konstanz)
Bartholomäus Kalb
Hans-Werner Kammer
Alois Karl
Bernhard Kaster
Siegfried Kauder
(Villingen-
Schwenningen)
Volker Kauder
Eckart von Klaeden
Jürgen Klimke
Julia Klöckner
Jens Koeppen
Dr. Kristina Köhler
(Wiesbaden)
Manfred Kolbe
Norbert Königshofen
Dr. Rolf Koschorrek
Hartmut Koschyk
Michael Kretschmer
Gunther Krichbaum
Dr. Martina Krogmann
Dr. Hermann Kues
Dr. Karl A. Lamers
(Heidelberg)
Andreas G. Lämmel
Dr. Norbert Lammert
Helmut Lamp
Katharina Landgraf
Dr. Max Lehmer
Paul Lehrieder
Ingbert Liebing
Eduard Lintner
Dr. Michael Luther
Thomas Mahlberg
Stephan Mayer
(Altötting)
Wolfgang Meckelburg
Dr. Michael Meister
Friedrich Merz
Laurenz Meyer (Hamm)
Maria Michalk
Dr. h. c. Hans
Michelbach
Philipp Mißfelder
Dr. Eva Möllring
Marlene Mortler
Carsten Müller
(Braunschweig)
Stefan Müller (Erlangen)
Dr. Gerd Müller
Michaela Noll
Dr. Georg Nüßlein

Franz Obermeier
Eduard Oswald
Henning Otte
Rita Pawelski
Ulrich Petzold
Dr. Joachim Pfeiffer
Beatrix Philipp
Ruprecht Polenz
Daniela Raab
Thomas Rachel
Dr. Peter Ramsauer
Peter Rauen
Eckhardt Rehberg
Katherina Reiche
(Potsdam)
Klaus Riegert
Dr. Heinz Riesenhuber
Franz Romer
Johannes Röring
Kurt J. Rossmann
Dr. Christian Ruck
Albert Rupprecht
(Weiden)
Peter Rzepka
Anita Schäfer
(Saalstadt)
Hermann-Josef Scharf
Hartmut Schauerte
Norbert Schindler
Georg Schirmbeck
Christian Schmidt
(Fürth)
Andreas Schmidt
(Mülheim)
Ingo Schmitt (Berlin)
Dr. Andreas
Schockenhoff
Dr. Ole Schröder
Bernhard Schulte-
Drüggelte
Uwe Schummer
Wilhelm Josef Sebastian
Kurt Segner
Marion Seib
Bernd Siebert
Thomas Silberhorn
Johannes Singhammer
Jens Spahn
Erika Steinbach
Christian Freiherr von
Stetten
Gero Storjohann
Max Straubinger
Matthäus Strebl
Thomas Strobl
(Heilbronn)
Lena Strothmann
Michael Stübgen
Hans Peter Thul
Antje Tillmann
Dr. Hans-Peter Uhl
Arnold Vaatz
Volkmar Uwe Vogel
Andrea Astrid Voßhoff
Gerhard Wächter
Kai Wegner
Marcus Weinberg

Peter Weiß
(Emmendingen)
Gerald Weiß (Groß-
Gerau)
Ingo Wellenreuther
Karl-Georg Wellmann
Anette Widmann-Mauz
Klaus-Peter Willsch
Willy Wimmer (Neuss)
Elisabeth Winkelmeier-
Becker
Werner Wittlich
Dagmar Wöhl
Wolfgang Zöllner
Willi Zylajew

SPD

Dr. h. c. Gerd Andres
Niels Annen
Ingrid Arndt-Brauer
Ernst Bahr (Neuruppin)
Doris Barnett
Dr. Hans-Peter Bartels
Klaus Barthel
Sabine Bätzing
Dirk Becker
Uwe Beckmeyer
Klaus Uwe Benneter
Dr. Axel Berg
Ute Berg
Petra Bierwirth
Lothar Binding
(Heidelberg)
Volker Blumentritt
Kurt Bodewig
Clemens Bollen
Gerd Bollmann
Dr. Gerhard Botz
Klaus Brandner
Willi Brase
Bernhard Brinkmann
(Hildesheim)
Marco Bülow
Ulla Burchardt
Martin Burkert
Dr. Michael Bürsch
Christian Carstensen
Marion Caspers-Merk
Dr. Peter Danckert
Karl Diller
Martin Dörmann
Dr. Carl-Christian
Dressel
Elvira Drobinski-Weiß
Garrelt Duin
Detlef Dzembritzki
Sebastian Edathy
Siegfried Ehrmann
Dr. h. c. Gernot Erler
Petra Ernstberger
Karin Evers-Meyer
Annette Faße
Elke Ferner
Gabriele Fograscher
Rainer Fornahl
Gabriele Frechen

Dagmar Freitag
Peter Friedrich
Martin Gerster
Iris Gleicke
Günter Gloser
Dieter Grasedieck
Monika Griefahn
Gabriele Groneberg
Achim Großmann
Wolfgang Grothaus
Wolfgang Gunkel
Hans-Joachim Hacker
Bettina Hagedorn
Klaus Hagemann
Alfred Hartenbach
Michael Hartmann
(Wackernheim)
Nina Hauer
Hubertus Heil
Rolf Hempelmann
Dr. Barbara Hendricks
Gustav Herzog
Petra Heß
Gabriele Hiller-Ohm
Stephan Hilsberg
Petra Hinz (Essen)
Gerd Höfer
Iris Hoffmann (Wismar)
Frank Hofmann
(Volkach)
Eike Hovermann
Klaas Hübner
Christel Humme
Brunhilde Irber
Josip Juratovic
Johannes Kahrs
Ulrich Kasparick
Dr. h. c. Susanne
Kastner
Ulrich Kelber
Christian Kleiminger
Astrid Klug
Dr. Bärbel Kofler
Walter Kolbow
Karin Kortmann
Rolf Kramer
Anette Kramme
Ernst Kranz
Nicolette Kressl
Angelika Krüger-Leißner
Dr. Hans-Ulrich Krüger
Jürgen Kucharczyk
Helga Kühn-Mengel
Ute Kumpf
Dr. Uwe Küster
Christine Lambrecht
Christian Lange
(Backnang)
Dr. Karl Lauterbach
Waltraud Lehn
Dirk Manzweski
Lothar Mark
Caren Marks
Katja Mast
Hilde Mattheis
Petra Merkel (Berlin)
Dr. Matthias Miersch

Ursula Mogg
Marko Mühlstein
Detlef Müller (Chemnitz)
Franz Müntefering
Dr. Rolf Mützing
Andrea Nahles
Dr. Erika Ober
Thomas Oppermann
Heinz Paula
Johannes Pflug
Christoph Pries
Dr. Wilhelm Priesmeier
Florian Pronold
Dr. Sascha Raabe
Steffen Reiche (Cottbus)
Maik Reichel
Gerold Reichenbach
Dr. Carola Reimann
Christel Riemann-
Hanewinkel
Walter Riester
Sönke Rix
René Röspel
Dr. Ernst Dieter
Rossmann
Karin Roth (Esslingen)
Michael Roth (Heringen)
Ortwin Runde
Marlene Rupprecht
(Tuchenbach)
Anton Schaaf
Axel Schäfer (Bochum)
Bernd Scheelen
Marianne Schieder
Otto Schily
Ulla Schmidt (Aachen)
Silvia Schmidt
(Eisleben)
Renate Schmidt
(Nürnberg)
Heinz Schmitt (Landau)
Carsten Schneider
(Erfurt)
Olaf Scholz
Ottmar Schreiner
Swen Schulz (Spandau)
Ewald Schurer
Frank Schwabe
Dr. Angelica Schwall-
Düren
Dr. Martin Schwanholz
Rita Schwarzelühr-
Sutter
Wolfgang Spanier
Dr. Margrit Spielmann
Jörg-Otto Spiller
Dieter Steinecke
Andreas Steppuhn
Ludwig Stiegler
Rolf Stöckel
Christoph Strässer
Dr. Peter Struck
Dr. Rainer Tabillion
Jella Teuchner
Dr. h. c. Wolfgang
Thierse
Jörn Thießen

Franz Thönnies
Rüdiger Veit
Simone Viola
Jörg Vogelsänger
Dr. Marlies Volkmer
Hedi Wegener
Andreas Weigel
Petra Weis
Gunter Weißgerber
Gert Weisskirchen
(Wiesloch)
Hildegard Wester
Lydia Westrich
Dr. Margrit Wetzell
Andrea Wicklein
Dr. Dieter Wiefelspütz
Engelbert Wistuba
Waltraud Wolff
(Wolmirstedt)
Heidi Wright
Manfred Zöllmer

FDP

Jens Ackermann
Dr. Karl Addicks
Daniel Bahr (Münster)
Uwe Barth
Rainer Brüderle
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Patrick Döring
Mechthild Dyckmans
Ulrike Flach
Otto Fricke
Paul K. Friedhoff
Horst Friedrich
(Bayreuth)
Dr. Edmund Peter
Geisen
Hans-Michael Goldmann
Miriam Gruß
Joachim Günther
(Plauen)
Dr. Christel Happach-
Kasan
Heinz-Peter Haustein
Elke Hoff
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Michael Kauch
Dr. Heinrich L. Kolb
Hellmut Königshaus
Gudrun Kopp
Dr. h. c. Jürgen Koppelin
Harald Leibrecht
Sabine Leutheusser-
Schnarrenberger
Dr. Erwin Lotter
Patrick Meinhardt
Jan Mücke
Burkhardt Müller-
Sönksen
Dirk Niebel
Detlef Parr
Cornelia Pieper
Gisela Piltz
Frank Schäffler

Dr. Konrad Schily
Marina Schuster
Dr. Hermann Otto Solms
Dr. Max Stadler
Dr. Rainer Stinner
Carl-Ludwig Thiele
Florian Toncar
Dr. Daniel Volk
Dr. Volker Wissing
Hartfrid Wolff (Rems-
Murr)

fraktionsloser Abgeordneter

Henry Nitzsche

Enthalten

SPD

Gabriele Lösekrug-
Möller
Gesine Mulhaupt

